PRESSEMITTEILUNG

Herausgeber: NABU Freiburg & BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein

Datum: 05.10.2026

Politischer Schnellschuss im Blindflug: NABU und BUND fordern Sachlichkeit bei der Verpackungssteuer und präsentieren konstruktive Nachbesserungen

Freiburg, 05.10.2026 – Der angekündigte Vorstoß eines Fünf-Fraktionen-Bündnisses (SPD/JF, ESFA, CDU, FDP/BfF und Freie Wähler), die Freiburger Verpackungssteuer am 20. Oktober vorzeitig auf eine reine Bechersteuer zu beschneiden, hält weder einem faktenbasierten noch einem wissenschaftlichen Anspruch statt. Die antragstellenden Fraktionen brechen damit gezielt mit dem von ihnen selbst im März per interfraktionellem Antrag beschlossenen Verfahren – und verweigern schlicht das Abwarten der amtlich beauftragten, fundierten Evaluation.

Wer im März per Ratsantrag eine datenbasierte Entscheidung einforderte, torpediert nun seinen eigenen Zeitplan. Laut städtischer Verwaltungsvorlage (Drucksache G-26/076) war eine erste reguläre Evaluation für das erste Quartal 2027 und das umfassende Endergebnis samt wissenschaftlicher Begleitstudien (u. a. der Kühne Logistics University) erst für 2028 vorgesehen. Die Verwaltung hält in den Unterlagen unmissverständlich fest, dass es sich bei den aktuellen Zwischenwerten lediglich um „vorläufige, bruchstückhafte Einschätzungen“ handelt, die auf keiner vollständig repräsentativen Datenbasis basieren. Dass nun am 20. Oktober – Monate vor diesen finalen Studien – per politischem Schnellschuss Fakten geschaffen werden sollen, hat System: Die amtlichen Erfolgszahlen passen nicht ins politische Wunschbild.

Schein-Argumente der Lobby entlarvt

Die von Kritikerinnen und Kritikern sowie Verbänden ins Feld geführten Argumente stützen sich überwiegend auf Momentaufnahmen, die von der Verwaltung selbst relativiert werden:

- **Keine Repräsentativität:** Die Verwaltung weist ausdrücklich darauf hin, dass die angeführten Erfahrungsberichte aus Stakeholdergesprächen lediglich qualitative Eindrücke darstellen und keinerlei repräsentative Aussagekraft für die Gesamtheit der Freiburger Betriebe besitzen.
- **Unklare Kausalität:** Selbst die befragten Betriebe räumen ein, dass sich Umsatzrückgänge nicht kausal von allgemeinen Marktfaktoren, der Inflation oder allgemeiner Konsumzurückhaltung trennen lassen.
- **Messbarer Umwelterfolg:** Die offiziellen städtischen Messungen sprechen eine völlig andere Sprache und belegen einen steilen Anstieg der Mehrweglogistik – dokumentiert unter anderem durch das starke Wachstum bei den Umlaufzahlen von Pool-Systemen (wie den Anstieg von gerade einmal 67 Mehrwegbechern im

November 2025 auf **1.549 im Juli 2026**). Zahlreiche Betriebe nutzen die Chance bereits erfolgreich, ihre Angebote konsequent auf Mehrweg umzustellen – unterstützt durch konsequente Mehrweg-Anwenderinnen und -Anwender.

Konstruktive Wege statt politischer Demontage

Anstatt ein funktionierendes Lenkungsinstrument aus blinder Panik zu zerstören, müssen echte Alltagshürden pragmatisch und serviceorientiert gelöst werden. NABU und BUND schlagen hierfür konkrete Nachbesserungen vor:

- **Zentrale Spüllogistik (Markthallen-Modell):** Aufbau und städtische Förderung von zentralen Spüllogistik-Hubs (z. B. in der Markthalle), damit kleine Imbisse ohne eigene Spülküche unkompliziert kooperieren können.
- **Bürokratie senken:** Unkomplizierte Umstellung auf vereinfachte digitale Einkaufspauschalen (nach erfolgreichem Tübinger Vorbild). Wer konsequent auf Mehrweg setzt, hat null administrativen Aufwand.
- **Transformationsfonds einrichten:** Die Steuereinnahmen von über 2 Millionen Euro müssen strikt zweckgebunden in einen „Green-City-Transformationsfonds“ fließen, der Gastronominnen und Gastronomen direkt und unbürokratisch bei der Anschaffung von Hocheffizienz-Spülmaschinen bezuschusst.

„Freiburg läuft Gefahr, seine über Jahrzehnte hart erarbeitete Vorreiterrolle als internationale ‚Green City‘ leichtfertig zu verspielen. Wer eine wirksame Verpackungssteuer ohne Not und ohne Datenbasis zertrümmert, beschädigt das ökologische Profil unserer Stadt nachhaltig und sendet ein fatales Signal an alle Kommunen, die unserem fortschrittlichen Vorbild folgen wollen.“

„Wer im März eine datenbasierte Evaluation fordert, diese Ergebnisse dann aber durch einen vorgezogenen Beschluss am 20. Oktober aus politischen Gründen umgehen will, verspielt jegliche kommunalpolitische Glaubwürdigkeit. Dieses Durchdrücken einer juristisch wackeligen Becher-Sonderlösung gefährdet die Rechtssicherheit der Satzung und straft jene Betriebe ab, die längst vorbildlich in Mehrweg investiert haben. Wir fordern die Rätinnen und Räte auf: Kehren Sie zur Sachlichkeit zurück, stoppen Sie den Schnellschuss und nutzen Sie die echten, ab 2027 vorliegenden Evaluationsergebnisse für eine sachgerechte Weiterentwicklung!“

— **Ralf Schmidt** (Vorsitzender NABU Freiburg) & **Stefan Auchter** (BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein)

Pressekontakt:

- **NABU Freiburg** | Ralf Schmidt | E-Mail: nabu-freiburg@web.de | Mobil: 017647156487
- **BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein** | Stefan Auchter | E-Mail: stefan.auchter@bund.net | Tel: 0761 30383